Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31382 — Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girokasse Blasewitz Nr. [illegible] — Postscheck-Konto: Nr. 812 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Mußestunden, Aus alter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. Mk. 1.90, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. Mk. 2.–. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Lesegeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachf., Dresden-Freital. Bei unverl. eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizufüg. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeb. werden, könn. wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehmen.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
[illegible] Jahrgang

Anzeigen werden die 6gespaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 80 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Satzarten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs d. Auftraggebers.

87 — Mittwoch, den 15. April — 1925

Marx eröffnet die Wahlkampagne

Die Königsberger Rede des Volksblockkandidaten

Der Präsidentschaftskandidat des Volksblocks, Reichskanzler a. D. Marx, entwickelte Dienstag abend in Königsberg (Ostpr.) vor einer zahlreichen Hörerschaft sein Programm zu den wichtigsten Grundsätzen und Problemen der deutschen Politik.

Nach einigen Dankesworten an den ganzen deutschen Osten, der seines Deutschtums wegen so viel habe erdulden müssen, führte der Redner u. a. aus: Bei Deutschlands ungünstiger geographischer Lage, insbesondere nach dem Verlust des Krieges muß die Außenpolitik in allen unseren politischen Entschließungen den Vorrang haben. Dennoch handeln viele so, als brauchten wir uns ums Ausland sehr wenig zu kümmern.

Wir sind in sehr wichtigen Beziehungen von der Einstellung der ausländischen Mächte abhängig.

Diese Abhängigkeit ist durch den Verlust des Krieges stark vergrößert zum Teil auch verursacht worden. Bei aller durch unser ureigenstes Interesse gebotenen Rücksicht auf das Ausland müssen wir aber unsere nationale Ehre und Würde wahren.

Unsere nationale Ehre verlangt jedoch nicht, daß wir eine Macht vortäuschen, die wir nicht besitzen.

Es ist töricht, mit großen Worten, hinter denen keine Macht steht, das argwöhnische Ausland immer wieder mißtrauisch zu machen. Nichts ist falscher und schädlicher, als hohles Pathos und große Gesten. Unsere Vaterlandsliebe muß mit Klugheit gepaart sein.

Darum muß unsere Außenpolitik nach wie vor auf Verständigung mit den früheren Gegnern gerichtet sein.

Ehrlicherweise sollten wir alle erkennen, daß wir durch unsere Außenpolitik ein gutes Stück vorangekommen sind. Zum Beweise dafür brauchen wir nur den gegenwärtigen Stand unserer Wirtschaftslage mit den geradezu verzweifelten Zuständen aus dem Inflationsherbst 1923 zu vergleichen.

Es ist die ernsteste Pflicht aller, alles zu vermeiden, was die Festigkeit unserer Währung, das ruhige Fortschreiten unserer Wirtschaft zu stören in der Lage wäre.

Unabsehbare Folgen könnte es für uns haben, wenn das wiedererwachte Vertrauen des Auslandes zur deutschen Politik und Wirtschaft erschüttert werde. Je schwächer die Stellung des Volkes ist, um so mehr müssen Klugheit und kühler Verstand seine Politik leiten.

Mit peinlicher Sorgfalt müssen wir alles vermeiden, was dem wachsamen Auslande Anlaß geben kann, zu glauben, daß wir nicht mehr eine Politik der Verständigung, sondern der Revanche führen wollen.

Die Fortsetzung und Sicherung der Verständigungspolitik muß auch der Leitgedanke der Präsidentenwahl sein, wenn anders nicht großer Schaden für das Gesamtwohl erwachsen soll. Das Ausland muß im Reichspräsidenten die Gewähr für die Fortführung der Verständigungspolitik erblicken können. Außenpolitische Experimente darf sich unser Volk nicht mehr erlauben. Denn wir haben genug Lehrgeld bezahlt für die Erkenntnis, daß nur auf wirtschaftliche Verständigung abzielende Außenpolitik sich als erfolgreich für unseren nationalen wirtschaftlichen Aufstieg bewährt.

Unsere Wirtschaft ist das Rückgrat des Staates.

Von ihrem Bestand und Blühen hängt in erster Linie unsere Wiedergesundung ab. Wie aber sollen wir wieder zur finanziellen und wirtschaftlichen Stärke und Blüte gelangen, wenn wir selbst die gesunde Entwicklung in unvernünftiger Weise stören und hemmen. Die sicherste Gewähr für die regelmäßige, gesunde Fortentwicklung im Innern ist

eine gesicherte Verfassung

als Grundlage staatlicher Ordnung. Der geschlossene Wille, die Verfassung gegen jeden Eingriff zu schützen, hat auch die Parteien, die seit 1919 unentwegt zur Verfassung standen und auf ihr bauten, im Volksblock zusammengeführt. Nur auf der gesicherten Verfassung kann ein starkes nationales Leben aufblühen.

Niemand wird die Weimarische Verfassung als so vollkommen betrachten, daß sie nicht in einzelnen Punkten verbesserungsbedürftig erscheine Aber an diese Verbesserungsarbeit wollen wir erst herangehen, wenn wir unser Haus gesichert haben

und unsere politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse gefestigt und beruhigt sind. Noch sind wir nicht so weit. Darum muß jeder nationaldenkende Mann sich entschlossen auf den Boden der Verfassung stellen und zur Verteidigung der Republik bereit sein.

Der Präsidentschaftskandidat Marx ging dann kurz auf die Steuer- und Finanzgebiete ein, die von echt sozialem Geiste getragen sein müßten. Sie müßten die Last den schwächeren Schultern möglichst erleichtern und den Leistungen und der Tragfähigkeit der einzelnen angemessen sein. In der Aufwertungsfrage habe der Staat die Verpflichtung, soweit die finanzielle Lage des Staates es irgendwie erlaube und es ohne Gefährdung der Währungslage geschehen könne, ausgleichend zu wirken und die entstandenen Schäden zu beseitigen.

Marx schloß seine Darlegungen mit dem Wunsche, daß die Entscheidung der Reichspräsidentenwahl so fallen möge, daß sie die Fortsetzung der bisherigen bewährten Außenpolitik, der Verständigung und Befriedung der Welt verbürge.

Die Haltung Stresemanns

Außenminister Dr. Stresemann ist wieder in Berlin eingetroffen. In den letzten Tagen war in den parlamentarischen Kreisen vielfach davon die Rede, daß er unauffällig entscheidende Schritte gegen die Präsidentschaftskandidatur Hindenburg unternehmen werde. Dies scheint jedoch nicht der Fall zu sein. Vielmehr besteht der Eindruck, daß Stresemann sich endgültig mit der Kandidatur Hindenburg abgefunden habe und sogar bereit sei, sie moralisch zu unterstützen. Es verlautet, daß er die Absicht habe, als Führer der Deutschen Volkspartei an allen offiziellen Kundgebungen für Hindenburg teilzunehmen. Im übrigen ist der Außenminister gegenüber den Vorstellungen parlamentarischer Führer der Mittelparteien entschlossen, **in keinem Falle gegen die Kandidatur Marx Stellung zu nehmen.**

Fochs Vorschläge überreicht

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" erklärt, daß die endgültige Stellungnahme des Marschalls Foch und der Versailler Militärkommission zu dem Bericht der Kontrollkommission dem Sekretariat der Botschafterkonferenz am Sonntag überreicht worden sei. Aber bevor die französischen und belgischen Mitglieder der Botschafterkonferenz von ihren neuen Regierungen Instruktionen empfangen hätten, würde kein Schritt hinsichtlich der Entwaffnungs- und der Kölner Frage zu erwarten sein.

*

Am 27. Dezember fand die Sitzung der Botschafterkonferenz statt, in der ein provisorischer Bericht der interalliierten Kontrollkommission vorgelegt wurde. Damals wurde der Beschluß gefaßt, die Kölner Zone nicht zu räumen. Am 16. Februar ging der endgültige Bericht der Kommission ein. Erst am 2. März befaßte sich die Botschafterkonferenz mit dem Bericht und mit dem Gutachten der Kommission des Generals Foch. Das Gutachten scheint aber nicht beweiskräftig gewirkt zu haben, denn die Botschafterkonferenz beschloß, die Foch-Kommission zu ersuchen, gewisse Punkte ihres Berichtes zu präzisieren, sowie genau den Ernst der Deutschland zur Last gelegten Verfehlungen festzustellen. Das war höflich und diplomatisch ausgedrückt, aber in der Sache eine kalte Dusche für den Feuereifer der Versailler Kommission. Dieser neue Bericht sollte nach Angaben der Presse nach acht Tagen vorgelegt werden. Aus den acht Tagen sind mehr als zehn Wochen geworden. Immerhin ist damit nun ein Schritt in der Entwaffnungsfrage erfolgt. Uns liegt aber daran, daß die weiteren Schritte schneller geschehen, denn von der Erledigung dieser Frage hängt die Räumung der Kölner Zone ab. Davon, daß der Bericht veröffentlicht werden soll, ist in der Meldung nichts gesagt. Die Verweigerung der Räumung stellt eine Strafmaßnahme wegen angeblicher Nichteinhaltung des Versailler Vertrages dar. Die Note, in der Deutschland dieses „Strafurteil" mitgeteilt wird, ist vom 5. Januar datiert. Heute, also nach vierzehn Wochen, sind immer noch nicht die „Urteilsgründe" bekanntgegeben. Da der Beschluß der Botschafterkonferenz sich als „Rechtsurteil" gebärdet, muß man immer wieder auf diese juristische Monstrosität hinweisen.

Ein kommunistisches Attentat

Aus Sofia wird unter dem 14. April gemeldet: Als der König heute vormittag im Automobil auf der Straße Orchania—Sofia fuhr, wurden aus dem Hinterhalt von einer Bande, die der agrarkommunistischen Einheitsfront angehört, Schüsse auf den königlichen Wagen abgefeuert. Der Leibjäger und ein junger Naturforscher namens Ilchefr wurden getötet und der Chauffeur verwundet. Der König selbst blieb unverletzt und kehrte nach Sofia zurück. Man ist überzeugt, daß die Angreifer keine Kenntnis davon hatten, daß der König sich in dem Automobil befand. Eine Truppenabteilung ist sofort zur Verfolgung der Bande abgesandt worden.

Der Unsinn der deutschen Ostgrenze

Mit Ausnahme der unverbesserlich franzosenfreundlichen Herald Tribune Evening-Post beginnt sich ein erheblicher Teil der öffentlichen Meinung Amerikas an die Einsicht zu gewöhnen, daß die deutschen Ostgrenzen unsinnig festgesetzt wurden. Heute ergreift World das Wort und spricht von der Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Regelung. Der Leitartikel ist um so bemerkenswerter, als er den Aufsatz Poincarés in dessen Leibblatt Evening Post angreift. World sagt: Der ehemalige Ministerpräsident plädiert mit den 14 Punkten für ein freies Polen und zitiert dabei die Forderung Wilsons nach dem Einschluß aller von Polen bewohnten Territorien. Poincaré findet jedoch schwerlich ein unparteiisches Tribunal, das zugäbe, daß der polnische Staat nicht von vielen Fremden bewohnt wird, deren Assimilierung unmöglich ist und daher eine ewige Gefahrenquelle bedeutet. Der Premierminister nimmt die Haltung der Stockkonservativen in Frankreich ein. Er sollte endlich einsehen, daß es nutzlos ist, Unmögliches zu garantieren. Zwar begreifen die Konservativen Englands seine Haltung, besitzen aber doch einen größeren Sinn für die nackten Tatsachen.

Späte Erkenntnis

Wilson, Lloyd George, Clemenceau und Orlando, die in monatelanger Kuhhandelei Intrigiererei den Frieden von Versailles angefertigt haben, hat man als die „großen Vier" bezeichnet, aber sie sind alle miteinander keine Größen, sondern Menschen allergewöhnlichsten Formats. Das ist an und für sich noch kein Vorwurf, aber das Unglück ist, daß das Friedenswerk nach der Kriegskatastrophe, ein Werk, zu dessen Vollendung die erhabensten Geister gerade gut genug gewesen wären, in die Hände dieser politischen Routiniers — das ist noch das Beste, was man von ihnen sagen kann — geraten ist: sie haben der Welt ein Friedensunglück bereitet, das, wie sich immer klarer herausstellt, nicht viel weniger schlimm ist, als das Kriegsunglück, das die Welt betroffen hat.

Wenden wir uns einer Betrachtung der wirtschaftlichen Nachkriegsverhältnisse zu, so sehen wir ein verarmtes, mit schweren Nöten ringendes Mitteleuropa, ein Frankreich, das vor dem Bankerott steht, ein England, dessen früherer Wohlstand zum großen Teil vernichtet ist, das die Quellen seines früheren Wohlstandes versiegt, verschüttet sieht, das allen Grund hat, mit schwersten Sorgen in seine wirtschaftliche Zukunft zu blicken. Und allenthalben dieselben Uebel: Darniederliegen von Handel und Industrie, Arbeitslosigkeit, Wohnungselend, Schwinden der öffentlichen Moral, Auflösung der gesellschaftlichen Ordnung — das ganze Heer der ägyptischen Plagen! Wir haben dieses Friedensunglück von Anfang an an unserem Leibe verspüren müssen, während jene, die sich einbildeten, den Sieg in dem Weltkriege davongetragen zu haben, mit sadistischem Behagen zusahen, wie wir uns unter den furchtbaren Schlägen unseres Unglücks wanden. Aber längst ist auch in den Ländern der „Sieger" der Dunst verflogen, mit dem man sich im Siegestaumel benebelt hat, und mit lähmendem Entsetzen steht man vor den harten wirtschaftlichen Tatsachen, deren man nicht Herr zu werden vermag, weder mit homöopathischen Quacksalbereien, noch mit brutalen Eisenbartkuren. In England zumal werden die Klagen über das wirtschaftliche Elend, das auf Land und Volk lastet, immer lauter und immer verzweifelter, aber immer klarer wird auch die Erkenntnis, daß dieses wirtschaftliche Elend die notwendige Folge der wahnwitzigen Politik ist, die man im Kriege wie beim Friedensschluß gemacht hat.

Im Londoner nationalliberalen Klub sprach kürzlich das liberale Unterhausmitglied Runciman über die wirtschaftlichen Sorgen Englands, namentlich über das Darniederliegen des Bergbaues und der Eisenindustrie, und er scheute sich nicht, die Katze endlich einmal aus dem Sack zu lassen, zu sagen, was den Engländern nicht oft und nicht eindringlich genug gesagt werden kann. Der Dawes-Plan, so führte er aus, werde England in einen viel schwierigeren Wettbewerb mit den deutschen Zechen und Eisenhütten, sowie mit den deutschen Maschinen und der Schiffsbauindustrie verwickeln als je zuvor. Die Bezahlung von Reparationen durch Deutschland, weit davon entfernt, ein Vorteil für England zu sein, werde auf die Dauer nur Nachteile für die englische Industrie und für den englischen Handel bringen. Wenn England die Politik der Reparationen weiter verfolge, so könne sich der britische Handel nicht erholen, sondern England würde in dem Wettkampf mit dem großen und tüchtigen deutschen Volke niemals in der Lage sein, seine frühere Stellung auf dem Weltmarkt wieder zu erringen.